Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 36 (1942)
Heft: (1): Januar-Sendung

Artikel: Liebe Freunde!
Autor: Ragaz, Leonhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138064

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ſo ſehr darauf an, daß dieſe im *Bewußtſein* der in Betracht kommenden Menſchen eine deutliche Rolle ſpielten, ſondern es ſind *objektive Faktoren*, die darüber entſcheiden. Und wer weiß, wie weit die Reife iſt. Unſere Aufgabe iſt jedenfalls, uns auch *darauf* zu rüſten, daß wir nicht überraſcht werden, wenn — die Ueberraſchung da iſt.

Was aber Japan betrifft, ſo wird es, wenn Hitler ſtürzt, ſehr raſch auch ſtürzen.

Solche Gedanken ſtehen bei dem Schreibenden im Vordergrund. Ich erkläre nochmals: Es kann auch das Furchtbare kommen, welches das Ende einer furchtbaren Macht bezeichnen mag. Aber auch das ſteht unter Gott. *Ihm*, und nicht dem Teufel, wird das Jahr 1942 gehören.

Für uns aber gilt: Seid bereit! *Leonhard Ragaz.*

Zürich, 15. Januar 1942.

Liebe Freunde!

Ich fühle mich veranlaßt, diesmal das, was ich über die ſchweizeriſche Lage am Anfang dieſes Jahres ſagen möchte, in einem beſonderen Rundbrief auszuſprechen.

Das Schweizervolk iſt am Neujahrstag durch eine Radio-Anſprache des jetzigen Präſidenten des Bundesrates (nicht „Bundespräſidenten" — einen ſolchen gibt es in der Schweiz nicht!) *Etter* beglückt worden, an deren Schluß es hieß: „Ich ſtelle das kommende Jahr, eure Familien, unſere Armee, all unſere Arbeit und unſere Sorgen und die Zukunft unſeres Bundes unter den Schutz des Allmächtigen *und unſeres Landesvaters Bruder Klaus, damit er uns auch im neuen Jahre den äußeren und inneren Frieden bewahre.*" Er hat alſo das Schweizervolk, deſſen Charakter trotz allem, was es in den letzten Jahrzehnten an Veränderungen in ſeiner konfeſſionellen Struktur erfahren hat, doch überwiegend proteſtantiſch geblieben iſt, einfach als katholiſch in Anſpruch genommen. Man hat ſich dagegen unter Proteſtanten doch ein wenig aufgelehnt. Aber man hat auf Seiten unſeres innerlich aufgelöſten entweder dem Faſchismus oder dem Katholizismus zuneigenden Syſtemsfreiſinns das bloß als eine gelinde, leicht gutzumachende Entgleiſung hingeſtellt. Davon iſt keine Rede. Dieſer Schüler der Jeſuiten macht ſich keiner ſolchen Entgleiſung ſchuldig. Jenes Wort entſpricht durchaus einer ſchon lange wirkſamen Taktik, deren Ziel nichts weniger iſt als eine Rekatholiſierung der Schweiz, die auf allerlei Linien, nicht zum wenigſten bei der Wahl des eidgenöſſiſchen Perſonals, verfolgt wird und bereits zu einer politiſchen Vorherrſchaft des Katholizismus geführt

hat. Der Schreibende hat ſeit Jahren darauf hingewieſen. Er hat damit, wie mit vielem andern, kein Gehör gefunden, aber er hat Grund zu der Annahme, daß die „Neuen Wege" es haben büßen müſſen. Nun hat das Wort Etters wenigſtens ein zeitweiliges Aufhorchen bewirkt. Wird dieſes anhalten?

Dieſes Wort muß deswegen doch nicht *unbedacht* geweſen ſein. Der Sprecher mag ſich durchaus bewußt geweſen ſein, daß es da und dort Anſtoß geben werde. Aber es gibt eine bekannte Methode, die darin beſteht, daß man zunächſt einmal anfängt, die Leute an gewiſſe Dinge zu gewöhnen. Mit der Zeit kann man dann weiter rücken. Dieſe neue Taktik ſchließt an eine ältere, Bundesrat Etter nicht fremde, an, aus der das Wort ſtammt: „Semper aliquid haeret." („Es bleibt immer etwas hängen.")

Zunächſt ſoll nun endlich die Heiligſprechung des bisher bloß „ſeligen" Bruder Klaus erfolgen. Ganz ohne Zweifel ſteht das Wort Etters mit dieſer Tatſache im Zuſammenhang. Das Tüpflein auf das i in der Rekatholiſierung der Schweiz ſoll Nikolaus von der Flüe als ſchweizeriſcher Nationalheiliger ſein. Daneben haben wir dann noch den modernen, nicht kanoniſierten Giuſeppe Motta, den Heiligen der Neutralität, dem nun im gleichen Augenblick ein Denkmal errichtet werden ſoll, wo die Politik, deren typiſcher Vertreter — und ſehr wirkſamer Vertreter — er geweſen iſt, an ihren fluchvollen Folgen im Weltmaßſtab zuſammenbricht.

Man konnte ſich ſeit Jahren fragen, warum denn Bruder Klaus nicht ſchon lange zum Heiligen gemacht worden iſt. Er verdiente das doch, religiös betrachtet, mehr als viele, die mit dieſem Titel geſchmückt ſind und iſt im übrigen nicht gerade von heute. Fehlte es vielleicht an den nötigen Wundern? Oder ſtand ein anderes Hindernis im Wege, vielleicht der Umſtand, daß der wirkliche Bruder Klaus ein wenig von Ketzergeruch umwittert iſt? Mit dem ziemlich entſtellten Bruder Klaus ſind jedenfalls ſeit Jahren politiſche Geſchäfte (neben *andern* Geſchäften) in großem Stil gemacht worden.[1]) An der famoſen Bundesfeier wußte man nur vom Bruder Klaus zu reden, während die nicht bloß für die Geſchichte der Schweiz ungleich bedeutenderen Männer, die Zwingli und Calvin heißen, in der offiziellen Feier ſo wenig erwähnt worden ſind, als der ihnen als Schweizer und Chriſt ebenbürtige Peſtalozzi, um von Rouſſeau zu ſchweigen. Proteſtanten aber, die in anderem Zuſammenhang auf den Anſchluß an die „Theologie der Refor-

---

[1]) Oberſt *Bircher* hat ihn ſogar zu einem Heiligen des ſchweizeriſchen Militarismus gemacht. Bekanntlich iſt Oberſt Bircher zur Kreierung von Heiligen beſonders berufen!

Es iſt übrigens gerade im Zuſammenhang der Rekatholiſierung der Schweiz bezeichnend, daß Oberſt Bircher an einer aargauiſchen Katholikenverſammlung die Reformation als nationales Unglück bezeichnet hat. Dabei iſt Bircher „Proteſtant" und — nebenbei geſagt — „Freigeiſt".

mation" Gewicht legen, wie *Denis de Rougemont*, haben ſich auch in dieſer Beziehung auf einen Gelegenheitsſtoff geſtürzt, wie Fliegen auf den Honig und ſchleunigſt ein Nikolaus von der Flüe-Drama geſchaffen. So ſind wir Helvetier nun einmal: geneigt, uns gegen alle wirkliche Wahrheit verſtändnislos oder gehäſſig zu verhalten, aber dafür ſehr bereit, jeder gröberen oder feineren Unwahrheit kritiklos zu verfallen.

Es iſt beinahe tragiſch, daß das Einer ſagen muß, der den echten Nikolaus von der Flüe als Wirklichkeit wie als Symbol ſtets ſehr hoch geſtellt hat und der alles andere eher iſt als ein „Kulturkämpfer". Meine Oppoſition geht aber auch in dieſem Punkte nicht gegen den Katholizismus überhaupt, ſondern bloß gegen den jeſuitiſch gefärbten Macht-Katholizismus. Mit andern Worten: Ich kämpfe nicht gegen den Katholizismus, ſondern gegen die Unwahrheit.

Um von dieſem Thema nicht ohne innern Zuſammenhang zu einem andern überzugehen, ſo beachte man den „väterlichen" oder, um ein zwar zu edles anderes Wort dafür zu brauchen, patriarchaliſchen Ton, der in dieſer Rede angeſchlagen wird und den gelegentlich auch Kollegen Etters anzuſchlagen wiſſen. Es iſt der durch einen Nebenton von Faſchismus her etwas verſchärfte und auch verfälſchte Ton der Gnädigen Herren von vor 1798. Was das Ziel gewiſſer herrſchender Kreiſe bildet, iſt die ſogenannte autoritäre Demokratie, zu der beſonders die Katholiken, aber nicht nur ſie, noch den mit dem Korporationsſtaat verwechſelten Ständeſtaat fügen, damit ſowohl den Föderalismus als die Korporationsidee reaktionär geſtaltend.

Im Geiſte dieſes modernisierten und verfälſchten Patriarchalismus iſt nicht nur das Wort von Bruder Klaus gehalten, ſondern auch eine andere Stelle aus der Neujahrsrede des Vorſitzenden des Bundesrates:

> „Die Regierung des Landes und die Regierungen aller eidgenöſſiſchen Stände kennen nur *eine* Sorge, in der alle andern Sorgen eingeſchloſſen ſind: unſerem Volke Arbeit und Brot zu ſchaffen und das Land in Freiheit (!) und Ehre (!) durch die Stürme unſerer Tage durchzuhalten (ſic!)." [1])

Dieſe *autoritäre Demokratie*, die ich im letzten Rundbrief ein hölzernes Eiſen genannt habe, tut ſich auf alle Weiſe kund. So wenn man den General an „ſeine" Soldaten eine Neujahrsanſprache halten

---

[1]) Man hat dieſer Tage wieder einen Satz aus einer Schrift von Etter: „Die ſchweizeriſche Demokratie" ausgegraben, worin es heißt:

„Die Behauptung, daß die Demokratie an ſich die beſte und reichſte Staatsform ſei, kann weder vom Standpunkt der Erfahrung aus noch unter dem Geſichtspunkt ſtaatsphiloſophiſcher Erwägungen als richtig anerkannt werden."

Eine ſchöne Geſinnung für einen ſchweizeriſchen Bundesrat und geweſenen Oberzenſor der Preſſe!

Man erinnert ſich auch, wie die „*Front*" (die immerfort ruhig erſcheinen darf) ſeinerzeit berichtete, man habe einſt in ihren Kreiſen in Etter den „Retter" erwartet.

läßt. „Seine“ Soldaten durfte Kaiſer Wilhelm und darf Hitler anreden, aber was würde man in Amerika oder in England ſagen, wenn ein General das ſagte, oder auch, wenn Churchill oder Rooſevelt es täten? „*Unſere*“ Soldaten ſind Soldaten der *Schweiz*, nicht Soldaten Guiſans. Aber dieſe „autoritäre Demokratie“ tritt auch in viel wichtigeren Dingen hervor. Ihr dient die Initiative für den Familienſchutz, ſo wie dieſer eben von ſolchen Kreiſen gemeint iſt; ihr der militäriſche Vorunterricht; ihr auch die geplante und nicht zufällig beſonders wieder durch Etter empfohlene *ſtaatsbürgerliche Erziehung*. Die iſt doch bloß als eine Dreſſur für den Staat der bei uns noch herrſchenden bürgerlich-kapitaliſtiſchen Geſellſchaft gemeint und ſie iſt ein weiteres Zeichen des Fiaskos ſowohl unſeres Sozialismus, der dagegen nichts zu ſagen weiß, als beſonders auch unſerer Pädagogik, die ſich, inhaltsleer geworden, bloß auf allerlei Spezialitäten und ausgeklügelte Methodik wie auf Militärpatriotismus und Staatsbürgerkultus geworfen hat — damit von Peſtalozzi ſehr weit abkommend. Schaffet eine Schweiz, die lebendig iſt und an der jeder Schweizer Freude haben kann, und ihr braucht keine ſolchen Elektriſiermethoden für Vaterlandsliebe und Bürgertum. Schaffet eine ſoziale Demokratie, und ihr braucht keinen „Familienſchutz” dieſer Art. Jene ſind bloß ein Surrogat für den fehlenden echten Gehalt. Aber es iſt eben leichter und namentlich iſt es für die bürgerlilich-reaktionäre Geſellſchaft vorteilhafter, den Schein zu ſchaffen, ſtatt der Wahrheit.

Was ſich in alledem und auch ſonſt zeigt, iſt auch das, was man ſchweizeriſche *Verhocktheit* oder ſchweizeriſche Unfähigkeit zu wirklich Neuem nennen muß. Ein beſonders bedeutſames Zeichen dafür iſt die geiſtloſe, ja brutale Ablehnung des *Frauenſtimmrechtes*, wie ſie beſonders in der welſchen Schweiz wieder vorgekommen iſt (in Genf und Neuchâtel), während nachträglich die letzte Negerrepublik (zum Beiſpiel Gambon) ſie haben wird.

Daß mit dieſem ganzen Geiſt und Ungeiſt der Kultus des *Militärs* aufs engſte verbunden iſt, verſteht ſich von ſelbſt. Wie ſchwer hat es gehalten, bis endlich ein Mann wie Oberſt *Däniker* aus dem Generalſtab und aus dem Inſtruktionskorps entfernt worden iſt. Was für eine Brutalität aus dieſem Geiſte entſtehen kann, beweiſt der Fall jenes armen *polniſchen Internierten*, der in Churwalden wegen eines geringfügigen Anlaſſes von einer Schildwache erſchoſſen worden iſt. Dergleichen mag man unter uns nicht ſchwer nehmen, aber es gibt eine Inſtanz, die es nicht leicht nimmt und vor der wir eines Tages Rechenſchaft ablegen müſſen.

Für dieſen ganzen Sachverhalt, beſonders auch für jene „*Freiheit*”, von der Etter ſpricht, iſt bezeichnend, daß kurz vor Neujahr dem Schweizervolk ſozuſagen als Abſchluß der Bundesfeier eine neue Regelung der *Zenſur* beſchert worden iſt, die ohne Zweifel als eine Verſchärfung gedacht iſt, auch wenn dieſe noch etwas maskiert bleibt.

Denn es werden nun alle Schriften mit politiſchem Inhalt zur Anmeldung bei der Zenſur verpflichtet und damit einer Kontrolle derſelben, einige Kategorien aber von vornherein der Vorzenſur unterſtellt. Beſonders ſchlimm iſt die Beſtimmung, daß die Vorzenſur ohne weiteres auf Verleger anzuwenden ſei, bei denen man gefährliche Gedanken vermuten dürfe. Mit dergleichen, an die Lex Häberlin ſelig erinnernden Fallen kann man jeden fangen, auf den man es abgeſehen hat.[1])

Daß mit dieſer neuen Regelung die Hut der Geßlerſtange dem *Bundesrate* übergeben iſt (der ſie übrigens ſchon bisher, wenigſtens in wichtigeren Fällen ausgeübt hat) und damit aus den Händen des Militärs genommen wird, könnte als ein Fortſchritt erſcheinen, wenn nicht doch der Preſſeſtab im übrigen ſeine bisherige Funktion beibehielte und dasjenige Departement des Bundesrates, dem dieſe Oberaufſicht übertragen wird, von jenem gnädigen Herrn von Steiger verwaltet würde, deſſen Anſichten im letzten Rundbrief dargeſtellt worden ſind.

Daß ein Blatt, wie das „Volksrecht", das ſich merkwürdigerweiſe immer noch ſozialiſtiſch nennt, dieſe Aenderung warm begrüßt, im übrigen auch die Militärzenſur rühmt und findet, die Preſſe habe mit ihr im allgemeinen, einige wenige Mißverſtehen ausgenommen, die beſten Erfahrungen gemacht und ſpeziell Herrn von Steiger warmes Lob ſpendet, zeigt wieder, wie weit es mit dem Sozialismus gekommen iſt und läßt auch die Frage entſtehen, was mit zwei ſozialdemokratiſchen Bundesräten, die ohne Zweifel Träger *dieſer* Geſinnung wären, dem Lande und beſonders der Freiheit gedient wäre. Die Stimme der wahren Schweiz aber kommt durch ein Wort von Simon Gfeller zum Ausdruck, der auf eine Preisfrage des „Nebelſpalters": „Was entbehren wir Schweizer am meiſten?" antwortet: „Das Unglück rings um uns ſchreit zum Himmel und wir müſſen ſchweigen.

Was entbehrt der Schweizer [sc. leider nur der *rechte!*] am meiſten?

Das *freie* Wort." [2])

Mit welcher „Neutralität" die Zenſur gehandhabt wird, zeigt

---

[1]) Es heißt in dem Erlaß: „Das Inſpektorat der Abteilung [sc. für die Kontrolle über ‚politiſche, militäriſche und wirtſchaftliche Schriften'] kann für ſämtliche Schriften eines Herausgebers die Vorzenſur auf beſtimmte oder unbeſtimmte Zeit anordnen, wenn Tatſachen vorliegen, die eine Mißachtung der beſtehenden Vorſchriften als wahrſcheinlich (!) erſcheinen laſſen'."

[2]) Durch ein Verſehen beim Druck des letzten Rundbriefes iſt die Mitteilung weggefallen, daß auch auf einer Extra-Verſammlung der *„Studienkommiſſion der ſchweizeriſchen Pfarrergeſellſchaft"*, mit Referat und Korreferat von *Max Gerber* und Redaktor *Oeri*, dieſes Problem auf eine ſehr erfreuliche Weiſe behandelt worden iſt.

neuerdings, daß eine von einem gewiſſen Boris Warantoff verfaßte, in dem katholiſchen Verlag Otto Walter erſchienene Hetzſchrift gegen Rußland ruhig verbreitet werden darf, während ſich auf jedes Blatt Papier, das auch nur von ferne die zarten Gefühle der Achſe verletzen könnte, ſofort die Hand der Zenſur legt.

Wie uns für dieſen und anderen Servilismus vergolten wird, zeigt das Spottbild, das ein deutſches Blatt auf unſere *ärztliche Miſſion* (die übrigens auch nicht gerade von „Neutralität" trieft) veröffentlichte. Dieſer Servilismus erzeugt nur Verachtung.

Es iſt auch nicht etwa ſo, wie vorgegeben wird, daß die Achſenmächte ſich über ſchweizeriſche politiſche Aeußerungen an ſich ſo ſehr aufregten oder gar ihre politiſche Haltung gegen die Schweiz darnach richten. Die folgen ganz anderen Erwägungen. Aber die Unterdrückung des freien Wortes iſt für ſie ſchon ein Stück Eroberung des betreffenden Landes, mehr als eine Anzahl Armeekorps in dieſem Lande.

Uebrigens iſt jedem, der dieſer edlen Inſtitution der Zenſur in die Hefte ſehen konnte, klar, daß ſie weſentlich *innenpolitiſchen* Zwecken dient.

Dieſe autoritäre Demokratie führt — und das iſt beſonders verhängnisvoll — dazu, daß in bezug auf die *auswärtige Politik* Fragen, in denen Sein oder Nichtſein der Schweiz auf dem Spiele ſteht, vom Bundesrate entſchieden werden, ohne daß der Schweizer auch nur etwas davon erfährt, es ſei denn auf dem Wege des Gerüchtes, und ohne daß auch nur die Bundesverſammlung (vielleicht in einer Geheimſitzung) begrüßt würde. Die Frage von Sein oder Nichtſein konzentriert ſich aber für die Schweiz (wie für Schweden) in der Frage des *Anſchluſſes an das neue Europa*, das heißt an das Hitler-Reich. Es iſt von deutſcher Seite wiederholt darauf hingewieſen worden, daß dieſe Frage geſtellt ſei und betont worden, daß man es nicht begreife, wie die „Neutralen" ſich der Pflicht entziehen könnten, den Kampf für die abendländiſche Kultur (wohl auch für das Chriſtentum!) gegen den im Bolſchewismus wiedergekehrten „Mongolenſturm" anzuſchließen. Neuerdings hat, wie anderwärts berichtet iſt, Göbbels in ſeinem „Reich" dieſe Argumentation auf ſeine Weiſe geltend gemacht und den neutralen Kleinen ihre „Pampigkeit" gegen Deutſchland vorgeworfen. Vor einiger Zeit aber hat Eden die Neutralen vor dieſer Stunde gewarnt. Ich ſelbſt habe das ſeit langem getan — ſelbſtverſtändlich ohne Echo. Und nun? Iſt dieſe Stunde gekommen und wie hat diesmal der Bundesrat ſie beſtanden? Sollen die „freien Schweizer" das wirklich nur durch den Mund des Gerüchtes erfahren, während ſogar Hitler ſolche Dinge ſeinem „Reichstag" mitteilt und ſie vor ihm zu rechtfertigen ſucht? Sollen wir zum Schickſal unſeres Landes und Volkes nichts zu ſagen haben?

Weil diese „autoritäre Demokratie" unsere allergrößte Gefahr ist, bin ich für die *Volkswahl des Bundesrates.* Mag auch die Form der Initiative mangelhaft sein, so ist davon ihr Wert nicht abhängig. Zwar habe ich oft genug erklärt, daß ich von den zwei Sozialdemokraten im Bundesrat an sich nichts Gutes erwarte, weder für den Sozialismus, noch für die Schweiz. Bei dem jetzigen System würden doch nur zwei solche gewählt, die mit Sicherheit die zuverlässigsten Stützen der Reaktion wären und dann die Arbeiterschaft mit ihnen solidarisch gemacht. Tatsächlich sind viele kluge Bürgerliche für diese Maßregel nur darum, weil sie richtig einsehen, daß damit die Einlullung der Arbeiterschaft gefördert würde, während andere damit einer „Versöhnung" zu dienen wähnen, welche die Aufhebung des „Klassenkampfes" mit sich brächte und für sie auch eine Lahmlegung jeder radikalen Arbeiterbewegung bedeutete.

Aber gerade hier setzt schon das Recht der Initiative ein. Denn wenn auch die Bundesversammlung bloße Scheinsozialisten wählte, so vielleicht das Volk doch echte, oder doch wenigstens echte *Männer.*

Mir ist aber Eins entscheidend: *daß die Volkswahl im gegenwärtigen Augenblick das einzige Mittel ist, die schon vorhandene und die für die Zukunft drohende Diktatur des Bundesrates zu brechen.* Das ist in meinen Augen so wichtig, daß alle Einwände davor verblassen.

Diese Einwände sind in der Mehrzahl ohnehin nicht sehr gewichtig. Der am ernstesten zu nehmende ist der, daß der Wahlbürger im eidgenössischen Rahmen ja die vorgeschlagenen Kandidaten gar nicht kenne und also auch nicht beurteilen könne. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß selbstverständlich dem Volke mit Aussicht auf Erfolg nur Kandidaten vorgeschlagen werden dürften, die allgemein bekannt sind und als Träger bestimmter politischer Ideen gelten können. Man wird diese Männer im Wesentlichen besser kennen, als man etwa im Durchschnitt die Kandidaten für eine kantonale Regierung kennt. Schon viel geringwertiger ist der Einwand, daß damit die Einheitlichkeit der obersten Regierung gestört würde: das dürfte heute nur ein Vorteil sein! Dem Lächerlichen nähert sich schon der Einwand, es würde dadurch die Stabilität der obersten Leitung unserer politischen Geschicke gefährdet: diese Stabilität ist unsere größte Gefahr, und übrigens weiß man ja, wie konservativ der Schweizer beim Wählen ist. Noch sinnloser ist der Einwand, daß die neue Wahlart gegen den Föderalismus wäre: es soll also Föderalismus sein, wenn im Zentrum, in Bern, eine aus ein paar Männern bestehende Clique die Bundesräte macht, und Zentralismus, wenn auch der Graubündner und Tessiner den Bundesrat wählt! Vollends zu trauriger Demagogie sinkt der Einwand herunter, daß das *Geld* bei solchen Volkswahlen den Ausschlag geben würde, weil die Aufbringung von 30 000 Unterschriften für einen Kandidaten denen, die reichlich Geldmittel hätten,

einen entſcheidenden Vorteil verſchaffte: iſt es doch eine offenkundige Tatſache, daß gerade beim heutigen Wahlmodus das Geld in Geſtalt der Großfinanz die Bundesräte wählt und müßte man ja aus jenem Grunde auch Referendum und Initiative abſchaffen, von denen doch niemand ſagen könnte, ſie würden dadurch entwertet, daß man dafür nicht leicht die Geldmittel fände. Einzig die Einrede läßt ſich hören, daß doch nicht der einzelne Bürger die Kandidaten aufſtellen könnte, ſondern nur Komitees, die von allerlei Intereſſen zweifelhafter Art beherrſcht würden: aber abgeſehen davon, daß das heute auf alle Fälle noch viel ärger iſt, muß geſagt werden, daß man bei der Aufſtellung eines Kandidaten für die Volkswahl doch auf Wunſch und Stimmung des Volkes Rückſicht nehmen muß. Wozu jedoch noch die ganz überwiegende und nicht zu bezweifelnde Tatſache kommt, *daß das Volk viel eher einen echten und ganzen, einen ſelbſtändigen, charaktervollen und bedeutenden Mann wählen wird, als ein kleinerer, von der Clique beherrſchter Kreis, der immer nur Männer wählt, die ihm bequem ſind und faſt grundſätzlich bedeutende Perſönlichkeiten ausſchließt.*

In ſolchen Geſichtspunkten liegt für mich die Bedeutung des Kampfes, der am 25. Januar zur Entſcheidung kommt. Und nochmals: beſonders mit Rückſicht auf vorhandene und drohende Bundesratsdiktatur trete ich für die Initiative ein. Wenn dieſe mit großer Mehrheit verworfen würde, ſo könnten die Folgen in Bälde ſich als verhängnisvoll erweiſen. Man ſieht, wie ſchon die Angſt vor der Volkswahl den Bundesrat auf die Beine gebracht und zu allerlei Aktionen veranlaßt hat, für die er ſich ſonſt wohl noch Zeit gelaſſen hätte: Lohnzuſchüſſe für das eidgenöſſiſche Perſonal, wenigſtens ſcheinbare Verbeſſerung der Fürſorge für das Alter etc. und kann daraus ermeſſen, wie es gehen würde, wenn der Ausgang des Abſtimmungskampfes ihn in ſeiner autoritären Sicherheit beſtärkte.

Aber ich habe für meine Haltung noch umfaſſendere und noch wichtigere Geſichtspunkte. Unſere allergrößte Gefahr iſt, daß wir nicht mehr die Kraft haben, einen *Entſchluß* zu faſſen, eine *Entſcheidung* zu treffen, daß wir nicht mehr die Fähigkeit beſitzen, einen Schritt in *Neuland* hinein zu tun. Das bedeutet aber Erſtarrung und Tod. Der 25. Januar wird zeigen, ob wir noch zu Entſchluß und Tat fähig ſind und für das *Wagnis*, das immer damit verbunden iſt.

Mit dieſer größten Gefahr iſt eine andere verknüpft,, auf die ich noch raſch hinweiſen möchte. Wir ſind bei aller Selbſtgerechtigkeit — und vielleicht gerade ihretwegen — mit unſern Anſprüchen an die *Aufgabe und Bedeutung der Schweiz* ſehr beſcheiden geworden. Uns dünkt ſchon die bloße Exiſtenz genügend oder ein wenig internationale Liebestätigkeit oder eine neutrale Briefträgerrolle — ja nicht etwa eine wirkliche Friedensmiſſion: Neutralität und Militär ſind unſere Loſungen. Dieſe Beſcheidenheit iſt Bankrott, ſeine Vollziehung durch die Geſchichte würde nicht ausbleiben. Denn ſie duldet nach Jakob

Boßhardts bekanntem und wahrem Worte keine Leichen; diese werden von den Aasgeiern der Geschichte aufgefressen. Wer die Schweiz lieb hat, der wehre vor allem *dieser* Gefahr. Sie ist dringlich.[1])

Leonhard Ragaz.

Für die Volkswahl des Bundesrates.

Die Arbeitsgemeinschaft *„Neue Demokratie"* gibt für die Volkswahl des Bundesrates folgende Erklärung ab:[2])

Trotz allen Einwendungen ist es klar, daß die direkte Wahl der Regierung durch das Volk dem Wesen der Eidgenossenschaft entspricht. Diese Wahlart ist bei den Regierungsratswahlen aller Kantone selbstverständlich geworden; sie ist auch im Bunde möglich. Die Bedenken dagegen entstammen zum großen Teil einer unbewußten Beeinflussung durch die demokratiefeindlichen Bewegungen unserer Tage. Denn wer dem Volk die Fähigkeit zur Wahl seiner Regierung nicht zutraut, hat damit ein wesentliches Stück des demokratischen Glaubens aufgegeben. Die Vorgänge bei verschiedenen Bundesratswahlen haben überdies gezeigt, daß das Wahlrecht der Bundesversammlung nicht zu größerer Sachlichkeit führt, sondern unkontrollierbaren Wahlmachern und kleinen, aber einflußreichen Gruppen allerlei Manöver hinter den Kulissen erlaubt. Wir glauben, daß das Volk von solchen Machenschaften freier ist und sicherer aus seinem einfachen Empfinden für das Rechte wählen wird.

Ebenso wichtig ist eine politische Ueberlegung: Die Verwerfung der Initiative würde gleichzeitig eine Bestätigung des jetzigen Bundesrates und seiner Politik bedeuten. Diese Politik lehnen wir aber in entscheidenden Punkten ab: Wir bekämpfen die ungerechte Verteilung der Kriegslasten durch die jetzige Regelung der Preis- und Lohnfrage, sowie der Steuerprobleme. Vor allem aber wenden wir uns gegen den autoritären Kurs des jetzigen Bundesrates. Der Abbau der verfassungsmäßigen Volksrechte im Innern droht zu einer Anpassung der Schweiz an eine Strömung zu führen, die unser Verderben wäre. Darum rufen wir das Volk auf, durch die Bejahung der Volkswahl den Weg für eine freiheitlichere und sozialere Bundespolitik freizu-

---

[1]) Auch an ein Wort *Hiltys* sei erinnert: „Die Machtverhältnisse Europas können wir nicht ändern. Wir sind darauf angewiesen und dazu berufen, auf immer ein kleiner Staat zu sein. Ein solcher muß heute eine moralische Größe sein, wenn er fortbestehen will."

[2]) Der Arbeitsgemeinschaft sind angeschlossen: der Escherbund, die Frauenliga für Frieden und Freiheit, die Heimatfreunde des Saanenlandes, die Religiös-soziale Vereinigung, die Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit, die Genossenschaft „Traits".